Beschluss (vorläufig) Kapitel 3: Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Gremium:	LDK
Beschlussdatum:	20.03.2021
Tagesordnungspunkt:	K-3 Kapitel 3

3. Zusammenhalt sichern - niemand bleibt zurück

Berlin funktioniert nur zusammen. Wir haben viel vor mit dieser Stadt und niemand darf dabei zurückbleiben. Insbesondere Alleinerziehende, People of Colour, Kinder, ältere Menschen, prekär Beschäftigte, Soloselbständige, Erwerbssuchende, Menschen mit Behinderung und geflüchtete Menschen sind von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung bedroht. Die Corona-Pandemie hat diesen Zustand weiter verschärft, viele haben ihre Erwerbsgrundlage verloren. Sie alle suchen vergebens nach bezahlbaren Wohn- und Gewerberäumen. Auch Soziale Träger werden mehr und mehr aus der Stadt verdrängt. Wir kämpfen für ein Berlin, in dem alle sicher wohnen, teilhaben und ihren Platz in der Gesellschaft finden können. Auch in der kommenden Legislaturperiode hat dies für uns höchste Priorität

Wohnen ist keine Ware – Gemeinwohlverpflichtung für Wohnraum durchsetzen!

Die Grundstückspreise und Mieten sind in den vergangenen 15 Jahren nach oben geschnellt, auch weil in einer Situation der Wohnungsknappheit und fehlender alternativer Anlagemöglichkeiten hemmungslos mit dem spekuliert wird, was für Menschen das Zuhause ist. Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir für einen Wohnungsmarkt nach Wiener Vorbild, bei dem mindestens 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden. Dafür wollen wir ein breites Bündnis schließen – von den landeseigenen Wohnungsunternehmen über gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Stiftungen und Hausprojekte bis zu Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten. Geschäftsmodelle, die auf schnelle, überhöhte Renditen setzen oder mit Wohnraum spekulieren, lehnen wir ab. Die Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die Füße gestellt – sowohl in der Landesregierung als auch in den Bezirken, in denen wir Verantwortung tragen. Wir haben den sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht genutzt, eine Genossenschaftsförderung erkämpft und den Mietendeckel eingeführt. Diesen Weg wollen wir weitergehen: Wir bauen Berlin weiter gemeinwohlorientiert und nachhaltig um. Wir erwerben die Stadt Stück für Stück zurück, um die Gemeinwohlorientierung zum zentralen Merkmal des Berliner Mietenmarktes zu machen. Dabei ist klar: Solange der Wohnungsmarkt angespannt bleibt, kann der Mietendeckel 2025 nicht ersatzlos auslaufen, sondern muss auf Grundlage eines Miet- und Wohnungskatasters weiterentwickelt werden..

Ein Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören

Seit 2016 haben wir auch bei der Bekämpfung von Armut wichtige Schritte geschafft. Das kostenlose ÖPNV-Ticket für Schüler*innen, die beitragsfreie Kita, ein gesundes kostenloses Essen mit hohem Bioanteil in den Grundschulen, all das sorgt dafür, dass Kinder aus Familien, die weniger Geld haben, gleichberechtigter am Leben teilhaben können. Wir haben den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen. Auch auf Bundesebene wollen wir uns für eine deutliche Anhebung des Mindestlohnes einsetzen. Wir haben Tariftreue bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen garantiert und die Gehälter gerade der Beamt*innen angehoben, die kleinere Einkommen haben. Sei das bei der Polizei, bei der Feuerwehr oder in der Verwaltung. Wir haben dafür gesorgt, dass für Menschen, die Sozialleistungen beziehen, die Kosten der Unterkunft verlässlich

übernommen werden und Obdachlosigkeit so vermieden wird. Und wir haben damit begonnen, das Dickicht an Sozialleistungen zu ordnen, damit Menschen Leistungen, die ihnen zustehen, auch tatsächlich erhalten – gerade in den Bezirken sind wir an dieser Stelle Vorreiter. Der Weg zu einem Berlin, in dem Armut und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören, ist aber noch weit. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, Familien- und Sozialleistungen auf Bundesebene endlich neu zu sortieren, um das bestehende Chaos zu beenden. Solange das nicht passiert ist, werden wir weiter in Berlin und in den Bezirken für Überblick sorgen. Dazu wollen wir mit einem berlinweiten Sozialmanagement die besten Wege der Umsetzung aus allen Bezirken in alle anderen Bezirke bringen und mit starken Netzwerken vor Ort im sozialen Umfeld Unterstützung leisten. Wir gehen den Kampf gegen Armut ganzheitlich an. Denn gute frühkindliche Bildung, gute Kitas und Schulen, bezahlbarer Wohnraum, gute Arbeit, ein durchlässiges Bildungssystem, der Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, all das ist entscheidend, um Armut wirklich zu bekämpfen. Initiativen in all diesen Bereichen werden wir aktiv unterstützen.

Gute Gesundheitsversorgung und Pflege ist Daseinsvorsorge

Für Gesundheit ist nicht alleine die Gesundheitspolitik verantwortlich, sondern jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei Fragen der Mobilität bzw. der Verkehrswende, bei der Ernährungswende, in der Wirtschafts- und Arbeitspolitik, im Bildungsbereich, in der Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik, beim Klimaschutz oder in der Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit, unabhängig vom Geldbeutel, unser Ziel. Gesundheit bedeutet für uns körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.

Die Corona-Pandemie hat schonungslos die Lücken des Gesundheitssystems aufgezeigt: Statt in gute Vorsorge zu investieren, wurde der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) über Jahrzehnte kaputtgespart und Pandemiepläne sind in Schubladen verstaubt. Für uns gehören gute Gesundheitsstrukturen zur Daseinsvorsorge und dürfen nicht der Profitmaximierung dienen. Deswegen haben wir den ÖGD in den letzten Jahren besser ausgestattet und wir wollen diesen Weg in den nächsten Jahren weitergehen. Wir wollen den ÖGD attraktiver machen und für mehr Berufsgruppen öffnen sowie ihn befähigen, integrierte, im Kiez vernetzte Versorgungsangebote zu entwickeln. Wir haben die Investitionspauschale für die Berliner Krankenhäuser erhöht, zusätzliches Geld für Digitalisierung zur Verfügung gestellt und wollen bei der Krankenhausplanung einen besonderen Fokus auf hohe Qualität und bedarfsgerechte Strukturen legen. Die Vielfalt der Krankenhausversorgung in Berlin ist und bleibt ein bündnisgrünes Anliegen. Wir wollen allen Berliner*innen bestmögliche Versorgung ermöglichen und setzen uns nachhaltig auch für eine gerechtere Verteilung der Angebote in den Bezirken ein – insbesondere auch bei den niedergelassenen Fachärzt*innen. Neben einer besseren Verteilung wollen wir eine besser vernetzte und aufeinander abgestimmte Angebotsvielfalt erreichen; dazu müssen wir das Gemeinsame Landesgremium (§ 90 a SGB V) stärken und erweitern.

Für uns ist klar: Gesundheit wird nicht primär von der Gesundheitspolitik gemacht, sondern jeder einzelne Politikbereich hat Einfluss auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Berliner*innen, sei es bei der Ernährungswende, der Verkehrswende, im Bildungsbereich, in der Gesundheitsforschung, in der Sozialpolitik oder in der Stadtentwicklung. Dabei ist die gesundheitliche Chancengleichheit unser Ziel. Wir wollen erreichen, dass alle Berliner*innen, unabhängig vom Geldbeutel, die gleichen gesundheitsfördernden Lebensbedingungen haben. Gesundheit bedeutet für uns körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden mit Teilhabe und Selbstbestimmung.

Zu guter Gesundheitsversorgung gehört gute Pflege im Krankenhaus, in der ambulanten Pflege, in stationären Einrichtungen sowie zuhause. Es darf nicht sein, dass Pflegekräfte unter schlechten Bedingungen für viel zu viele Patient*innen Verantwortung übernehmen müssen. Darum haben wir gemeinsam mit dem Berliner Bündnis für Pflege in den vergangenen Jahren intensiv an Verbesserungen gearbeitet. Wir unterstützen die Ziele des Volksentscheids „Gesunde Krankenhäuser“ und möchten in den kommenden Jahren mit verbindlichen Personalschlüsseln die Arbeitsbedingungen substantiell verbessern.Diese Personalschlüssel sollen an dem ermitteltem Behandlungsbedarf orientiert sein und in allen Settings und Fachbereichen gelten. Wir wollen eine Vielzahl von Pflege- und Wohnformen im Alter fördern, um Menschen, solange es geht, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dafür möchten wir parallel zu ambulanten Fachärzt*innenpraxen auch ambulante pflegerische Angebote mehr unterstützen. Um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, setzen wir uns auf Bundesebene für die Einführung eines Familienpflegegeldes, ähnlich des Elterngeldes, ein.

Im Bund wollen wir uns außerdem für eine umfassende Reform der Pflegeversicherung sowie für die grüne Bürger*innenversicherung einsetzen, um mehr Gerechtigkeit und Solidarität in der Versorgung herzustellen.

Wir haben in Berlin bereits erfolgreich die Beihilferegelungen für Beamt*innen verändert, so dass ihr Weg in die gesetzliche Krankenversicherung erleichtert wird. Das wollen wir bundesweit umsetzen.

Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen

Berlin wird zur barrierefreien Stadt. Damit ermöglichen wir es behinderten und älteren Menschen sowie Familien mit kleinen Kindern, die Stadt in ihrer ganzen Vielfalt zu nutzen und mit zu gestalten. Da ältere Menschen noch lange fit sind und aktiver Teil der Gesellschaft bleiben wollen, wird die Zahl der Menschen, die auf eine Stadt ohne Hindernisse angewiesen sind, immer größer. Das gilt in U- und S-Bahnhöfen genauso wie in Verwaltungsgebäuden. Deswegen machen wir uns stark für die Absenkung von Bordsteinkanten, längere Ampelschaltungen, eine barrierefreie Darstellung von Websites oder die Übersetzung von Veranstaltungen in Gebärdensprache. Wir wollen, dass alle Kinder, ob mit oder ohne Behinderung, gleichberechtigt in der Schule teilhaben und alle Erwachsenen die Chance bekommen, Teil des ersten Arbeitsmarktes zu werden.

Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft. Dafür werden wir immer wieder Wege für Menschen zur Teilhabe öffnen, gehen entschieden gegen Verdrängung vor, bekämpfen Armut, sorgen dafür, dass alle Zugang zu bester Grundversorgung haben und bauen Hürden im Alltag ab. Deshalb wird die Politik für eine inklusiven Stadtgesellschaft noch stärker als bisher unter Beteiligung der Expert*innen in eigener Sache gestaltet. Dazu stärken wir die Rollen von Landesbeirat und Landesbeauftragter für behinderte Menschen sowie der bei den Senatsverwaltungen bestehenden Arbeitsgruppen. Darüber hinaus beziehen wir Organisationen behinderter Menschen und Angehörigenvereine stärker in die Politik ein und und unterstützen das Berliner Behindertenparlament.

3.1 Bauen, Mieten, Wohnen: klimagerecht und sozial

Wir haben 2016 den Politikwechsel in Berlins Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik eingeläutet, um der astronomischen Steigerung von Miet- und Grundstückspreisen Einhalt zu gebieten. Unser Ziel war und ist, den Berliner Wohnungsmarkt gemeinwohlorientiert umzubauen, indem wir den Anteil von Wohnungen in der Hand nicht renditeorientierter Akteure weiterhin konsequent erhöhen. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ wollen wir mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierter Hand bringen.

Masterplan „50 Prozent Gemeinwohl“

Die Verpflichtung auf das Gemeinwohl gilt für alle Akteur*innen auf dem Wohnungsmarkt. Fördern wollen wir aber insbesondere diejenigen, die Wohnraum der Spekulation entziehen, bezahlbare Wohnungen für alle gesellschaftlichen Schichten bereitstellen und bei Mietgestaltung und Belegung soziale Kriterien anwenden. Dazu zählen die landeseigenen Wohnungsunternehmen, gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Träger sozialer Einrichtungen, Stiftungen und Hausprojekte sowie Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten. Wir schließen dabei auch Bündnisse mit den Menschen, die ihr Wohnschicksal in die eigenen Hände nehmen, wenn sie sich sozialen und ökologischen Kriterien verpflichtet fühlen. Dafür brauchen wir auch weiterhin einen breiten Maßnahmenmix.

Wir setzen uns auch auf Bundesebene für die Einführung der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit (NWG) ein, um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen - und nicht nur für 20 oder 30 Jahre wie bisher. Dazu ist es auch nötig, die Berliner Finanzierung von Sozialbindungen beim Wohnen deutlich aufzustocken.
In den vergangenen Jahren haben wir den Neubau bedarfsgerechter gefördert und stärker auf das Gemeinwohl ausgerichtet. Gleichzeitig versuchen wir mit dem Mietendeckel Ruhe in den überhitzten Markt des Mietwohnungsbestandes zu bringen und Mietpreise zu stabilisieren. Damit haben wir juristisches Neuland betreten und sind stolz darauf, dass wir alles tun, um Wucher zu stoppen, trotz teilweise heftigen Gegenwindes. In den kommenden Jahren streiten wir weiter für einen gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsmarkt für Berlin. Dazu gehört für uns auch die Verbindung mit dem Klimaschutz: Berlins Gebäude stoßen 40 Prozent des CO2 in der Stadt aus, also sind energetische Modernisierung und die Bauwende eine zentrale Zukunftsaufgabe, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir verbinden soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz.

Das neue Berlin bauen – gemeinwohlorientiert und nachhaltig, sozial und ökologisch

Unser Ziel sind Kieze, in denen neben Wohnen auch Gewerbe, Kultur und Erholung Platz haben. Zudem arbeiten wir für eine bunte Mischung von Eigentümer*innen – von Genossenschaften über landeseigene Wohnungsunternehmen bis zu Baugruppen und auch kleinen privaten Eigentümer*innen. Klar ist: Berlin braucht mehr niedrigpreisige Wohnungen. Bei fortdauernd hohem Bevölkerungszuwachs streben wir den Bau von jährlich 20.000 überwiegend sozialverträglichen Wohnungen an. Wir wollen vielfältige und lebendige Quartiere, gut erschlossen für nachhaltige Mobilität, mit guten Schulen und Kitas, Handel und Gewerbe, Spiel, Erholung und viel Grün. Das Bauen muss endlich klimaneutral werden. Neubauten im Hochpreissegment sollen vermieden werden, weil das weite Teile der Bevölkerung ausschließt. Wir setzen dabei auf intelligente Nachverdichtung und Geschosswohnungen statt auf Eigenheimsiedlungen. Zur Förderung des gemeinwohlorientierten Neubaus wollen wir einen dauerhaften Fonds auflegen, der Gelder bereitstellt und in den Rückzahlungen aus Darlehen direkt zurückfließen. Damit wird eine dauerhafte Finanzierung von Förderung des sozialen Wohnungsbaus ermöglicht. Wir wollen die Förderung pro Wohnung erhöhen und so ausgestalten, dass eine besonders hohe Förderung in dauerhaft sozialgebundene und möglichst CO2-neutral errichtete Wohnungen fließt. Gemeinschaftliche und sozial integrative Wohnformen wollen wir ebenso fördern.
Wir wollen den großen Mangel an Sozialwohnungen zügig abbauen und dafür alle notwendigen Maßnahmen ergreifen. Ein wichtiger Schlüssel dafür sind die landeseigenen Flächen und landeseigene Wohnungsunternehmen. Dazu wollen wir über die bisherigen Quoten für den Anteil geförderter Wohnungen dort, wo es an preiswertem Wohnraum mangelt, deutlich hinausgehen.

Zusätzlich erhöhen wir das zweite Fördersegment – für eine soziale Mischung in den Quartieren.
Die Genossenschaftsförderung - für Neubauten wie Bestandsankauf - wollen wir deutlich erhöhen. Wir sorgen für faire Förderkonditionen und öffnen die Förderung auch für Projekte wie das Mietshäuser-Syndikat. Linke Freiräume und queerfeministische Hausprojekte sind wichtige Schutzräume und emanzipatorische Orte, die wir erhalten wollen. Doch immer mehr sind sie von Verdrängung bedroht. Wir stellen uns diesem Trend entgegen und werden Lösungen suchen, damit sie bleiben können. Ist eine Räumung nicht zu verhindern, ist es die Aufgabe des Landes Berlin geeignete alternative Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Außerdem wollen wir die Förderung so ausbauen oder Bürgschaften anbieten, damit auch Haushalte in Transferbezug Genossenschaftsanteile zeichnen können.

Auch für den Klimaschutz ist es höchste Zeit, die Bauwende einzuläuten. Deshalb muss das, was wir heute bauen klimafreundlich sein. Wir setzen uns deshalb für KfW 40 beim Neubau und KfW 55-Standard im Bestand ein, damit Gebäude Energie möglichst effizient nutzen.Wir wollen klimafreundliche Neubauten und Modernisierung mit Mit ökologischen Dämm- und Baustoffen, wie Hanf, Stroh, Holz, Lehm, Ziegel oder Baumaterial-Recycling. Schon heute entsteht das größte Holzhochaus Europas in Berlin. Diesen Weg müssen wir konsequent weiter gehen und wegkommen von Beton und Stahl. Denn diese Baustoffe sind klimaschädlich und verbrauchen viel zu viele Ressourcen. Sie sollen nur noch dort zum Einsatz kommen, wo wir wirklich darauf angewiesen sind. Die Forschung an Recyclingbeton wollen wir ausbauen. Bei energetischen Modernisierungen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form abzuschaffen und durch ein neues faires System zu ersetzen. Die Kosten müssen im Vorfeld transparent sein und wenn der Umbau bezahlt ist, muss auch die Umlage enden. Die Kosten für die energetische Modernisierung wollen wir zwischen Vermieter*innen, Mieter*innen und dem Staat in einem Drittelmodell fair verteilen. Dabei dürfen nur noch energetisch sinnvolle und der Barrierefreiheit dienende Maßnahmen umgelegt werden und muss insgesamt zu höchst möglichen Effizienz führen. Durch eine energetische Sanierung schützen Vermieter*innen die Bausubstanz ihrer Immobilien und profitieren vom Werterhalt. Unser Ziel ist es, dass die höhere Kaltmiete durch Energiekosteneinsparung aufgewogen wird, so dass die Warmmiete nicht steigt. Einkommensschwache Mieter*innen werden zudem besonders berücksichtigt. Die öffentliche Hand leistet mit der Übernahme eines weiteren Drittels einen wichtigen Beitrag, um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen und baut so die finanzielle Unterstützung zur enetgetischen Sanierung erheblich aus. Gerade im Bausektor wollen wir die Kreislaufwirtschaft umsetzen und modulares Bauen sowie flexible Grundrisse fördern.

Wir wollen Eigentümer*innen bei der Erstellung von Konzepten und Fahrplänen für eine mieter*innen- und klimafreundliche, energetische Modernisierung ihrer Häuser neben der Förderung auch eine intensive Unterstützung und Begleitung durch die Bauinformationszentren des Landes Berlin anbieten. Um die energetische Modernisierung auch unabhängig von begrenzten Handlungs- und Finanzierungsspielräumen einzelner Eigentümer*innen voranzubringen, setzen wir sowohl auf Einspar-Contracting als auch auf energetische Block- und Quartierskonzepte. Klimaschutz gibt es nicht umsonst, daher wird der Staat - und damit auch Berlin - hierfür, auch im Sinne des oben beschriebenen Drittelmodells und einer sozialen Abfederung, deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellen müssen. (Zu Fragen der Stadtentwicklung und des ökologischen Bauens vgl. das Kapitel 2.3.)

Um möglichst viele Baugrundstücke für gemeinwohlorientiertes Wohnen zu gewinnen, wollen wir aktiv ankaufen und Mittel wie Vorkaufsrechtssatzungen, Baugebote und Entwicklungsmaßnahmen nutzen. Um unsere gemeinwohlorientierten Ziele zu erreichen, wollen wir auch das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung so weiterentwickeln, dass auf privaten Flächen mindestens 50 Prozent der Wohnungen für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen gebaut werden und dauerhaft sozialgebunden sind. Wir wollen auch alle weiteren Möglichkeiten

nutzen, um Baurecht an die dauerhafte Gemeinwohlbindung eines möglichst hohen Anteils des Neubaus zu knüpfen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Einführung der Neuen Wohngemeinnützigkeit (NWG) ein. So können wir auch in Berlin dauerhaft gebundene bezahlbare Wohnungen schaffen.

Den Wohnungsmarkt besser regulieren – bezahlbare Mieten sichern

Mit dem Mietendeckel, dem Milieuschutz, der Verschärfung des Zweckentfremdungsverbotes und der Reform des Wohnungsaufsichtsgesetzes sind wir in Berlin wichtige Schritte gegangen, um Wohnen bezahlbar zu halten. Entscheidend ist nun, die Bezirke noch besser in die Lage zu versetzen, die Gesetze auch effektiv umzusetzen. Dafür wollen wir die Wohnungsaufsicht schlagkräftig machen und endlich mit der Bauaufsicht verbinden. Abrisse von Wohnraum sollten konsequent untersagt, spekulativer Leerstand soll durch das Instrument der Treuhänder*in und durch Beschlagnahmung abgestellt und wieder Wohnzwecken zugeführt werden. Darüber hinaus prüfen wir die Schaffung eines Landesamtes für Wohnungswesen, um die Verwaltung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu unterstützen. Um mehr Transparenz auf dem Immobilienmarkt zu schaffen und um die Vollzugsdefizite beim Wohnraumschutz zu beseitigen, bauen wir ein Berliner Miet- und Wohnungskataster auf. Damit werden alle Miethöhen, die Ausstattung und energetische Qualität der Wohnungen sowie die Eigentumsverhältnisse digital erfasst und transparent gemacht. Durch dieses Instrument können auch nach dem Auslaufen des jetzigen Mietendeckels dieser weiterentwickelt, Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt schneller festgestellt und der Schutz der Mieter*innen besser gesichert werden.

Wir fühlen uns dem Grundsatz verpflichtet, dass Mieter*innen grundsätzlich nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für ihre Miete ausgeben sollten. Dafür bedarf es aber endlich mutiger Reformen auf Bundesebene. Sollten diese nicht kommen, werden wir auch im Anschluss an den aktuellen Mietendeckel alle Maßnahmen ergreifen, um den Mietenanstieg in der Stadt auch zukünftig zu begrenzen. Wir werden alle Möglichkeiten der Landeskompetenz für das Wohnungswesen nutzen, um eine soziale Wohnraumversorgung zu gewährleisten. Ziel ist, in Berlin dauerhaft bezahlbare Mieten zu sichern und ebenfalls sicherzustellen, dass Gewerbemieten und Immobilienkaufpreise nicht durch die Decke gehen. Auf Landesebene werden wir in der nächsten Wahlperiode versuchen, einen Gewerbemietendeckel zu entwickeln.

Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sind zentral für die soziale Wohnraumversorgung in Berlin und stehen besonders in der Pflicht, ausreichend Sozialwohnungen und bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten zur Verfügung zu stellen. Darum entwickeln wir das Wohnraumversorgungsgesetz und die Kooperationsvereinbarung mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen weiter zu einem Wohnungsgemeinwohlgesetz. Die AöR “Wohnraumversorgung Berlin”, die aus dem Berliner Mietenvolksentscheid hervorgegangen ist, wollen wir in die Lage versetzen, die Vermietungspraxis stärker zu kontrollieren und eine Ombudsstelle als unabhängige Mieter*innen-Beschwerdestelle einrichten. Auch die Mieter*innenräte sowie Mieter*innenbeiräte und selbstverwalteten Hausprojekte sollen in ihren Rechten gestärkt werden. Wir sind der Überzeugung, dass landeseigene Wohnungsunternehmen als Anstalt öffentlichen Rechts organisiert sein sollen. Beim landeseigenen Berlinovo-Konzern fordern wir eine tiefgreifende Strukturreform, damit deren Wohnungen wie die der landeseigenen Wohnungsunternehmen bewirtschaftet und vermietet werden.

Um die Mieter*innen in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen, haben wir in jedem Bezirk kostenfreie Mieter*innenberatungsstellen eingerichtet bzw. ausgebaut. Das wollen wir fortsetzen.

Um mieten- und stadtpolitische Initiativen zu unterstützen und um der Mieter*innenbewegung größeres Gehör in der Landespolitik zu verschaffen, haben wir die Gründung des

"Initiativenforum Stadtpolitik" mit vorangetrieben, das wir ausbauen wollen. Um Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt zu verhindern, wollen wir die Landeseigenen Wohnungsunternehmen in die Pflicht nehmen und Mitarbeiter*innen schulen.

Bei den ca. 90.000 Wohnungen des „alten“ Sozialen Wohnungsbaus senken wir die künstlich überhöhten Kostenmieten, indem wir diese um fiktive Kosten, Entschuldungsgewinne“ sowie sonstige dubiose Extra-Renditen bereinigen. Hierfür unverzichtbar ist auch eine wirksame Kontrolle bei der Mietberechnung.

Eigentum verpflichtet.
Wir wollen mit einer Machbarkeitsstudie prüfen, ob neue finanzielle Instrumente – wie beispielsweise die Weiterentwicklung der Grundsteuer in Richtung einer Bodenwertsteuer mit Bezugnahme auf Bodennutzung und Flächenversiegelung – die Erreichung unserer bodenpolitischen Ziele unterstützen können. Dabei setzen wir uns auf Bundesebene weiterhin für ein Verbot der Überwälzung von Grundsteuern auf Mieter*innen ein.

Die Grunderwerbsteuer wollen wir progressiv ausgestalten: Wenn Wohnungskonzerne große Immobilienbestände aufkaufen, soll eine höhere Grunderwerbsteuer fällig werden, als wenn Privatpersonen ein Wohneigentum erwerben. Wir wollen das Steuerschlupfloch Share-Deals, mit dem die Grunderwerbsteuer umgangen wird, schließen.

Das Recht auf Umwandlung von bestehenden Mietshäusern in einzelne Eigentumswohnungen ist ein wesentlicher Treiber der Immobilienspekulation. Hinzu kommen Eigenbedarfskündigungen, gegen die sich betroffene Mieter*innen kaum wehren können. Wir wollen, dass der Bund den Ländern durch die Änderung des Baugesetzbuches ermöglicht, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen stadtweit und konsequent zu unterbinden und die Bildung von Wohneigentum im Geschosswohnungsbau auf Neubauinvestitionen zu begrenzen. Zudem werden wir weitere landespolitische Maßnahmen zum Schutz vor Eigenbedarfskündigungen prüfen.

Die Stadt zurückerwerben

Wir haben in den Bezirken schlummernde Instrumente der Gesetzgebung wiederbelebt: Durch das Vorkaufsrecht verpflichten wir in den Milieuschutzgebieten potenzielle Käufer*innen mit Abwendungsvereinbarungen dazu, soziale Bindungen für mindestens 20 Jahre einzugehen oder veranlassen den Aufkauf der fraglichen Wohngebäude durch landeseigene Wohnungsunternehmen oder Genossenschaften. Seit 2016 haben wir die Zahl der Milieuschutzgebiete mehr als verdoppelt. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Auch den gezielten Ankauf bzw. die Rekommunalisierung von Sozialwohnungen treiben wir weiter voran. Mit Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine Kooperationsvereinbarung schließen. Hierzu prüfen wir eine Ankaufagentur, die gezielte An- und Vorkäufe strategisch koordiniert und alle relevanten Akteure vernetzt.

Um die Gewerbevielfalt und den kleinteiligen Einzelhandel in den Kiezen zu erhalten und zu fördern, eröffnen wir landeseigene Gewerbehöfe und planen weitere. Wir drängen außerdem auf Bundesebene darauf, einen rechtlich bindenden Gewerbemietspiegel und einen wirksamen Kündigungsschutz einzuführen. Den Milieuschutz wollen wir auch für Gewerbemieter*innen einführen, um lokales und kleinteiliges Gewerbe zu erhalten. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig anbieten, um vor Ort den Gewerbetreibenden Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen sind.

Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist ein Weckruf an die Politik, dass dem im Grundgesetz festgeschriebenen Leitsatz „Eigentum verpflichtet“ auch im Bereich Wohnen und Boden Geltung verschafft werden muss. Wir unterstützen die Ziele des Volksbegehrens.

Zentral dabei ist, die Mieter*innen zu schützen, Spekulationen Einhalt zu gebieten und den gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand zu erhöhen.

Wir wollen, dass der Staat wieder auf Augenhöhe mit Wohnungsunternehmen verhandeln und agieren kann. Wir würden uns wünschen, dass die Umstände uns nicht zwingen, die Vergesellschaftung als letztes Mittel anzuwenden, um den verfassungsmäßigen Auftrag erfüllen zu können. Wenn Wohnungsunternehmen sich jedoch weigern, ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen, wird die öffentliche Hand, auch durch ein Volksbegehren gestützt, die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt mit diesem Schritt entschärfen. Wenn es um die Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums geht, müssen qualitative Kriterien zur Bewertung kommen, die Diskussion um rein quantitative Obergrenzen sehen wir kritisch. Da der Artikel 15 im Grundgesetz noch nie praktisch angewandt wurde, ist es umso wichtiger eine verfassungskonforme Ausgestaltung des Gesetzes zeitnah zu erarbeiten.

Aktive, transparente und faire Bodenpolitik

Doch es geht uns nicht nur um die Häuser: Wir wollen auch einen transparenten Umgang mit öffentlichen Liegenschaften und eine aktive Bodenpolitik. Dazu werden wir ein transparentes Flächenmanagement mit Hilfe eines öffentlichen Liegenschaftskatasters einführen. Seinen Boden soll Berlin behalten, Bodenvermögen konsequent vermehren und eine Erbbaurechtsstrategie implementieren, die zügige Konzeptverfahren zu sozialverträglichen Konditionen ermöglicht. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben. Wir wollen eine Koordinierungsstelle im Sinne einer "Taskforce" einrichten, die für bedrohte soziokulturelle Projekte und Nutzungen Lösungen finden soll. Außerdem wollen wir den zivilgesellschaftlich organisierten Runden Tisch Liegenschaftspolitik in seinen Kompetenzen weiter stärken.

Die strategische Ankaufspolitik, die mit der grünen Regierungsbeteiligung begonnen hat, wollen wir fortsetzen. Diese Politik soll mithilfe der neu gegründeten Landesgesellschaft „Berliner Bodenfonds“ ausgeweitet werden. Zur Baulandmobilisierung in den im Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP Wohnen) vorgesehenen Quartiersschwerpunkten soll Berlin möglichst viele Grundstücke erwerben. Dafür sollen auch Vorkaufsrechte und das Instrument der Entwicklungsmaßnahme aktiv eingesetzt werden.
Darüber hinaus wollen wir die Gründung einer genossenschaftlichen Ankaufagentur unterstützen und die bürger*innenschaftliche und gemeinnützige Stadtbodenstiftung nach dem Vorbild von Community Land Trusts stärken. Ein zentrales Problem beim Ankauf von Grundstücken und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts

sind die explodierten Bodenpreise, aus denen sich der Verkehrswert einer Immobilie berechnet. Hier werden wir im Bundesrat für eine Neuregelung im Bundesbaugesetzbuch kämpfen. Wir wollen, dass der nachhaltige Ertrag herangezogen wird, um den Wert einer Immobilie zu bestimmen, und nicht die höchstmögliche Verwertung.

Wir wollen alles tun, um Zwangsräumungen zu verhindern und ihre Zahl in Berlin drastisch zu senken. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen gehen hier meist mit gutem Beispiel voran und sind verpflichtet adäquaten Ersatzwohnraum anzubieten. Dieses Ziel verfolgen wir auch für den freien Wohnungsmarkt und setzen uns auf der Bundeseben für eine entsprechende Regelung ein. Zudem wollen wir Haushalte besser vor Strom- und Gassperren schützen, wenn sie finanziell überfordert sind.

3.2 Armut bekämpfen, Sicherheit geben und Perspektiven schaffen

Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung ist Berlin noch immer eine Stadt, in der viele Menschen von Armut betroffen oder bedroht sind. Armut kann jede*n treffen. Besonders gefährdet sind Frauen, ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen, die Arbeit suchen, oder Menschen mit geringen oder plötzlich gar keinen Einkommen. Wir wollen ihnen soziale Sicherheit garantieren und ihnen eine Perspektive geben. Um das zu erreichen, bedarf es eines grundsätzlichen Umdenkens. Auf Bundesebene streiten wir für Garantiesicherungen in allen Lebenslagen – für eine Kindergrundsicherung, eine Garantierente, die Überwindung des Hartz-IV-Systems samt Abschaffung aller Sanktionen und einen deutlichen höheren ALG-II-Regelsatz.

Bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben haben wir in Berlin bereits wichtige Weichen neu gestellt. Die Ausführungsvorschriften zur Übernahme von Kosten der Unterkunft haben wir so verändert, dass Menschen ihre Wohnung nicht mehr verlieren, weil sie teurer wird. Zehntausende Mieter*innen können so wieder ohne Angst vor Obdachlosigkeit leben. Und um Menschen in Arbeit vor Armut zu schützen, haben wir den Landesmindestlohn auf 12,50 Euro angehoben und Mindesthonorare für Künstler*innen und Freischaffende eingezogen. In all diesen Feldern werden wir unseren Weg konsequent weitergehen.

Familien- und Kinderarmut bekämpfen

Wer Kinderarmut bekämpfen will, muss Familienarmut überwinden. Dabei geht es uns nicht nur um die etwa 180.000 Kinder in Berlin, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind. Wir kümmern uns um alle Kinder, die sozial, kulturell, finanziell oder durch strukturelle Diskriminierung benachteiligt sind.

Seit wir 2016 Verantwortung übernommen haben, ist viel passiert. Von kostenfreier Kita- und Hortbetreuung, dem kostenfreien Schulessen in der Grundschule oder dem kostenfreien ÖPNV-Ticket für Schüler*innen profitieren insbesondere von Armut betroffene und bedrohte Familien. Doch um diesen Familien nachhaltig zu helfen, müssen wir noch mehr tun. Deshalb wollen wir die Familienpolitik auf Bundesebene vom Kopf auf die Füße stellen. Die ungerechte Dreiklassenförderung von Freibeträgen, Kindergeld und Kinderregelsatz wollen wir mit einer Kindergrundsicherung völlig neu und gerecht gestalten.

Doch auch in Berlin setzen wir vor Ort an: Um Familien und Kinder in allen Lebenslagen zu erreichen, brauchen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut. Mit der Arbeit der „Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut“, der Landesarmutskonferenz, des Familienbeirates oder der LIGA sind Grundlagen erarbeitet worden. Jetzt geht es an die Umsetzung. Wir wollen einen zentralen Informationsatlas mit allen Einrichtungen erstellen, von den Tafeln über die Familienzentren bis zu Jugendfreizeiteinrichtungen. Das Netzwerk soll so leistungsstark werden, dass der erste Schritt der Beratung auch der letzte ist, da ein abgestimmtes Verfahren zur Unterstützung folgt. Prävention statt nachträgliches Ausbügeln ist das Ziel. Starke Netzwerke brauchen starke Akteur*innen. Darum haben wir in den vergangenen Jahren begonnen, gute Projekte auf Landesebene finanziell abzusichern. Die Stadtteilmütter sind raus aus der unsicheren Projektförderung und sind mit festen Stellen in den Bezirken gesichert. Gleiches gilt für die Babylots*innen, die Familien schon um die Geburt eines Kindes betreuen. Es ist gelungen, die Arbeit der Lots*innen auf allen Geburtsstationen in Berlin auszuweiten. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

Familien in schwierigen Situationen wie Alleinerziehende und einkommensschwächere Familien brauchen besondere Unterstützung. Darum haben wir uns in den vergangenen

Haushaltsverhandlungen für ein „Flexibudget“ für die Bezirke eingesetzt. Dies wollen wir nach der Wahl in allen Bezirken umsetzen. Die Sozialarbeiter*innen vor Ort sollen die Möglichkeit bekommen, unkompliziert eine Familientherapie oder Jugendsozialarbeit zu finanzieren, gerade dann, wenn Familien und Kinder zwischen den Paragraphen verloren zu gehen drohen. Prävention stärken wir darüber hinaus, indem wir in den Familienbüros, die wir etablieren wollen, nicht nur Leistungen der Ämter einfacher zugänglich machen, sondern die Familienbüros auch mit Sozialarbeiter*innen ausstatten, die Eltern schnell und unbürokratisch beraten können.

In einem Modellprojekt haben wir in den vergangenen Jahren im Bezirk Mitte eine besonders intensive Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“, in denen kein Elternteil arbeitet, getestet. Durch die Betreuung in einem eigenen Team ist es gelungen, mehr als 200 Personen in Arbeit zu bringen. Ein Erfolg, den wir fortsetzen und auch in anderen Bezirken wiederholen wollen.

Das Dickicht der Sozialbürokratie lichten – Hilfe auf Augenhöhe organisieren

Ein zentraler Hebel im Kampf gegen Armut ist, das Dickicht der Sozialleistungen so zu ordnen, dass Menschen nicht länger im Unterholz der Sozialbürokratie verloren gehen. Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration, psychosoziale Betreuung, Schuldner- und Suchtberatung oder Kinder- und Familienbetreuung sollen überall Hand in Hand gehen, innovative Ansätze aus einzelnen Jobcentern sollen auf alle anderen übertragen werden. Auch Altersarmut braucht Beachtung und zielgenaue Angebote. Die Rädchen müssen vor Ort ineinandergreifen. Damit Menschen genau die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Dafür müssen die besten Modelle aus allen Bezirken zusammengetragen und Vorbild für die ganze Stadt werden. In den Berliner Jobcentern wird sehr kreativ an Lösungen für jeden Einzelfall gearbeitet. In Lichtenberg werden Menschen zusätzlich psychologisch betreut. In Mitte war ein Projekt zur Betreuung von „Familien-Bedarfsgemeinschaften“ erfolgreich. In Neukölln haben wir ein Präventionsteam aufgebaut, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und Wege aus der Krise zu zeigen. Wir wollen diese Ansätze bündeln und mit allen Bezirksämtern und der Senatsverwaltung für Soziales eine landesweite Koordinierung etablieren. Für uns ist klar, dass Betroffene in die Entwicklung der Angebote einbezogen werden müssen.

Orientierung am Sozialraum der Menschen

Auch die Arbeit der Ämter und der sozialen Träger wollen wir um die Bedürfnisse von Menschen in ihrem Lebensumfeld organisieren – nicht entlang bürokratischer und finanzieller Logiken. Denn niedrigschwellige und umfassende Unterstützung und Mitbestimmung dort, wo man lebt, baut Hürden für alle Berliner*innen ab. In diesem Sinne bedeutet Sozialraumorientierung das konsequente Umsteuern auf Prävention.
Jugendhilfe funktioniert dort besonders gut, wo sozialraumorientiert und damit präventiv gearbeitet wird. Andernorts explodieren die Fallkosten. Über das Familienfördergesetz wollen wir Kiez-Teams aufbauen, die bei Meldungen Familien, Senior*innen und Einzelpersonen aufsuchen und Unterstützung leisten. Dabei sollen „Frühe Hilfen“, die Stadtteilmütter, Jugendeinrichtungen, Schulen, Sportvereine, die Jobcenter oder die Schuldnerberatung eng miteinander kooperieren. Die sogenannten „67er-Hilfen“ in der Sozialhilfe, also Leistungen zur Überwindung von sozialen Schwierigkeiten, wollen wir in den Bezirken einheitlich anwenden.
Wir wollen in den bestehenden lebensweltlich orientierten Räumen für alle Bereiche datenbasiert genau die Angebote schaffen, die benötigt werden, die Sozialeinrichtungen, die Ämter und deren Angebote vernetzen und passgenau aufstellen.
Dazu wollen wir die Fachstruktur der Sozialraumorientierung in den Bezirken vereinheitlichen

und mit einer Lenkung auf Senatsebene flankieren. Die Qualitätssicherung soll systematisiert und in ganz Berlin strukturiert werden, um Flexibilität und hohe Qualität zu verbinden.

Armuts- und Sozialberichterstattung neu ordnen

Grundlage einer ressortübergreifenden Strategie muss eine integrierte Armuts-, Sozial- und Gesundheitsberichterstattung sein. In Berlin gibt es ein umfassendes Berichtswesen zu einer Vielzahl relevanter Themen: die Gesundheits- und Sozialberichterstattung, die Umweltgerechtigkeitskarte, den Umweltatlas, Lärmkarten, die Obdachlosenzählung und vieles mehr. Wir wollen den Wildwuchs an Analysen und Berichten systematisieren und zusammenführen. So können wir noch besser als bisher gegenseitige Abhängigkeiten identifizieren und in die politische Steuerung einfließen lassen. Das gilt auch für die Erfassung der Lage von Obdachlosen. Die bundesweit erste systematische Obdachlosenzählung im Februar 2020 war ein wichtiger, wenn auch methodisch stark verbesserungswürdiger Schritt. Nun muss eine Professionalisierung folgen, um Angebote noch gezielter ausbauen zu können. Dafür wollen wir stark mit Betroffenen-Organisationen und Trägern zusammenarbeiten.

Das Konzept „Housing First“ ausbauen

Es ist in der Regel ein Bündel an Problemlagen, das in die Obdachlosigkeit führt. Um die nötige Ruhe zu haben, das Bündel aufzuschnüren und zu lösen, braucht es einen geschützten Raum, ein Dach über dem Kopf. Wir machen uns das Ziel des Europäischen Parlaments zu eigen, die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden. Deswegen vermitteln Projekte mit dem Ansatz „Housing First“ Menschen als Allererstes in neue Wohnungen – mit dauerhaftem Mietvertrag – und begleiten sie dann auf ihrem weiteren Weg. Dieses Konzept ist erfolgreich und deswegen wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern: Sozialen Trägern und kleinen gemeinwohlorientierten Projekten, die für die spezifischen Gruppen selbst bauen wollen, soll es möglich sein, Bürgschaften auch über die Stadt zu erhalten. Vorbild ist das sogenannte Generalmietermodell der Degewo mit sozialen Trägern in Mitte, das wir landesweit durch alle landeseigenen Wohnungsunternehmen etablieren wollen. Um das Konzept in größerem Umfang umsetzen zu können, wollen wir Wohnungen anmieten, um sie, begleitet von sozialer und psychologischer Betreuung, Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Wir setzen uns für ausreichend Housing-First-Wohnungen bei landeseigenen Wohnungsunternehmen ein, werden diese deutlich ausbauen und wollen mittelfristig auch private Eigentümer*innen in die Pflicht nehmen, Housing-first-Plätze zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders verletzliche Gruppen wie Frauen, LGBTIQ* Personen, Sexarbeiter*innen, Menschen mit erschwertem Zugang zu eigenem Wohnraum, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt.

Besonders kompliziert ist die Unterstützung von Menschen, wenn sie keine Ansprüche auf Sozialleistungen haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, Leistungsausschlüsse für Unionsbürger*innen abzuschaffen. In Berlin werden wir auch Angebote für Menschen vorhalten, die keinen oder einen ungeklärten Sozialleistungsanspruch haben. Mit der geplanten Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung (GSTU) schaffen wir für die Unterbringung nach Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) einheitliche Standards und stellen damit die Qualität von Unterbringung und Beratung sicher.

Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in den vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600 Plätze ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im Rahmen der Kältehilfe deutlich über 1.000 ganztägige Plätze vorgehalten werden, von denen ein Anteil für besonders schutzbedürftige Menschen reserviert wird. Die Sicherheit in den Unterkünften muss gewährleistet sein. Mit der Schaffung barrierefreier Notunterkünfte reagieren wir auf die große Zahl obdachloser Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Alle Plätze sollen stets mit

Beratungsangeboten verbunden sein: Jede Übernachtung in einer Notunterkunft soll eine Chance auf einen Weg aus der Obdachlosigkeit bieten und neue Möglichkeiten aufzeigen. Außerdem sollen explizite Angebote geschaffen werden, die es Suchterkrankten ermöglichen, sicher zu konsumieren. Wohnungslosen Menschen wollen wir auf Augenhöhe begegnen. Um gewaltsame Räumungen von Obdachlosencamps zu vermeiden, wollen wir nach dem Konzept "Safe Places" auch in Berlin Schutzräume ermöglichen. Wir wollen gewaltsame Räumungen verhindern. Wir setzen uns dafür ein, dass das Fahren ohne Fahrschein keine Straftat mehr darstellt und Busgelder somit nicht zu Ersatzstrafen führen können.
Obdachlose Menschen verbringen einen großen Teil ihrer Zeit im öffentlichen Raum. Wir wollen, dass sie dort auch Schutz finden und beispielsweise durch Trinkwasserbrunnen mit kostenlosem Wasser versorgt werden.

Ein neues Landesamt für Unterbringung

Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben – egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine schnelle, dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene darauf hin, dass geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden in Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen. Zudem werden wir prüfen wie geflüchteten Menschen unbürokratisch ein Wohnberechtigungsschein ausgestellt werden kann.

3.3 Gesundheit ganzheitlich denken

Gesundheitsversorgung ist öffentliche Daseinsvorsorge hiervon sind wir seit jeher überzeugt. Während der Corona-Pandemie ist die Bedeutung dieses Grundsatzes mit besonderer Wucht zu Tage getreten. Dabei heißt Vorsorge zu treffen oftmals auch in gute Strukturen zu investieren, in der Hoffnung, dass sie nie gebraucht werden. Gesundheitsversorgung darf dabei nicht der Profitmaximierung untergeordnet werden sondern muss sich am Wohl der Menschen orientieren. Dabei geht es uns nicht nur um die Abwesenheit von Krankheit oder um individuelles Gesundheitsverhalten. Es geht auch um gesunde Lebensbedingungen, um körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden, Selbstbestimmung und Teilhabe.

Wir haben viel für eine gute Versorgung für die Berliner*innen getan. Gerade in der Corona-Pandemie war dies eine Herausforderung. Die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zum Infektionsschutz – wie das Gebot zum Maskentragen und die zeitweise Einschränkung des öffentlichen Lebens – war für die akute Bekämpfung der Pandemie erforderlich und hat wichtige Erkenntnisse für eine womöglich nächste epidemische Lage geliefert. Zugleich kommt es gerade in einer solchen Ausnahmesituation auch auf die Bereitstellung einer ausreichend verfügbaren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsinfrastruktur an. Wir haben daher Kapazitäten aufgestockt, Personal in den Gesundheitsämtern aufgebaut und als Notfallreserve ein Corona-Behandlungszentrum geschaffen. Die Arbeit für gute Gesundheitsversorgung haben wir aber weit vor der Pandemie begonnen. Die Investitionen in die Krankenhäuser haben wir auf den Bundesschnitt angehoben. Wir haben werden unseren Beitrag sukzessive weiter erhöhen. Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass Babylots*innen in allen Geburtsstationen der Berliner Krankenhäuser Eltern beraten und begleiten. Wir haben dafür gesorgt, dass das Essen im Krankenhaus besser und gesünder wird. Wir haben Stationsküchen finanziert und setzen auf regionale, saisonale und nachhaltige Ernährung im Krankenhaus – am Bett und in der Kantine.

Die Qualität des Essens in den Krankenhäusern sollte mehr Beachtung finden und eine individuelle Ernährungsberatung bei Bedarf als nachhaltiges Instrument ergänzend etabliert werden. Hierfür werden wir gezielt mit der Kantine Zukunft zusammenarbeiten und als weiteres Ziel wollen wir auch in der ambulanten und stationären Pflege die Essenversorgung verbessern. Wir haben erreicht, dass alle Berliner*innen Zugang zur gesundheitlichen Versorgung erhalten. Wir unterstützen Menschen ohne Krankenversicherung dabei, sich zu versichern. Durch unseren Einsatz können sich endlich auch Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel mit einem anonymen Krankenschein behandeln lassen. Damit ist Berlin das einzige Bundesland, in dem der Zugang zur hausärztlichen Versorgung so umfassend möglich ist. Wir wollen die Finanzierung der Clearing-Stelle durch das Land Berlin langfristig sichern und den Fond, der die Behandlung von nicht versicherten Menschen ermöglicht, ausbauen. Der neue und bislang einzigartige Checkpoint BLN am Hermannplatz bietet unter einem Dach niedrigschwellig Beratung, Prävention (u. a. HIV-PrEP), Tests und Behandlung rund um die sexuelle Gesundheit, insbesondere zu HIV/AIDS. Wir kämpfen für ein inklusives Gesundheitssystem, das allen Menschen barriere- und diskriminierungsfrei zugänglich ist. Insbesondere vulnerable Gruppen, darunter Menschen mit Behinderung oder trans*Menschen müssen einen besseren Zugang zur umfassenden und bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung bekommen.

Den öffentlichen Gesundheitsdienst und das Gesundheitssystem krisenfest machen

Trotz dieser wichtigen Schritte bleibt vieles zu tun. Ein zentraler Baustein ist der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD), in den über Jahrzehnte zu wenig investiert wurde. In der Corona-Pandemie wurde allen deutlich, dass sich Sparen an dieser Stelle rächt. Den Pakt zur Stärkung des ÖGD werden wir nutzen und die Mittel dafür einsetzen Personal und Ausstattung zu verbessern. So werden wir Schritte Richtung Mustergesundheitsamt gehen. Wir werden die Berufsgruppe der Pflege bei Entscheidungen mehr einbeziehen und auch in Krisenstäben mit an den Tisch holen. Wir brauchen einen starken ÖGD und wollen ihn darum mit den nötigen Kompetenzen und Ressourcen ausstatten, um eine lokale, sozialraumorientierte Vernetzung voranzutreiben. Wir wollen alle Berufsgruppen, die im ÖGD arbeiten, attraktiver machen und setzen uns deshalb unter anderem dafür ein, dass Famulaturen im Medizinstudium sowie das Praktische Jahr auch in den Gesundheitsämtern absolviert werden können. Der ÖGD soll die Kompetenz erhalten, integrierte Versorgungsangebote zu entwickeln und sich stärker forschungsorientiert auszurichten. Dabei fördern wir systematisch eine interdisziplinäre Herangehensweise, bei der auch Berufsgruppen wie Gesundheitswissenschaftler*innen/Public-Health-Absolvent*innen, Epidemiolog*innen oder Pflegewissenschaftler*innen in den ÖGD einbezogen werden. Mit neuer Soft- und Hardware befähigen wir den ÖGD, die vielfältigen Aufgaben zu erledigen. Um vor Ort erfolgreich aktiv sein zu können, wollen wir erreichen, dass der ÖGD die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt und im Rahmen seiner Aufgabenwahrnehmung verstärkt diversitätssensible Konzepte und professionelle Sprachmittlung anwendet.

Auch das Gesundheitssystem wird seine Verantwortung in der Klimakrise übernehmen. Die landeseigenen Krankenhäuser haben bereits Schritte zur Verringerung des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen unternommen, brauchen aber unsere weitere Unterstützung, um ihren ökologischen Fußabdruck rascher zu verkleinern. Neben baulichen Veränderungen geht es hier u.a. auch um fossilfreie Wärme- und Kältesysteme, Gebäude-Wärme-Sanierung, aber auch klimaschädliche Verbrauchsmaterialien wie bestimmte Narkosegase oder klimaschädliche Treibgase in Inhalationsaerosolen.

Die Corona-Pandemie hat uns die Gefahr von Infektionskrankheiten nochmal vor Augen geführt. Wir wollen deshalb den Berliner Pandemieplan überarbeiten, mehr Vorsorge treffen und durch verbesserte Erinnerungssysteme die Impfquoten bei bekannten Infektionskrankheiten erhöhen.

Gesundheits- und Pflegeberufe attraktiver machen und in die Infrastruktur investieren

Therapeut*innen und Ärzt*innen, Pflegepersonal, Psycholog*innen, die Mitarbeiter*innen in dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, Apotheker*innen, PTA oder PKA - es gibt viele Berufsgruppen, die für gute gesundheitliche Versorgung wichtig sind. Viele davon sind Mangelberufe und ihre Ausbildung muss unterstützt und gefördert werden. Wir wollen die noch nicht organisierten Gesundheits- und Pflegeberufe bei ihren jeweiligen Professionalisierungsprozessen unterstützen, wenn möglich und gewollt auch in Berufskammern. Damit auch zukünftig genügend Nachwuchs in diesen Berufen zur Verfügung steht, werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel mit festen Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden. Auch hier stehen wir für eine 35 Stunden-Woche ein. Auch die Ausbildung muss attraktiver werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und Studiengänge auch in Teilzeit zu absolvieren. Auch im Gesundheitswesen kommt es immer wieder zu diskriminierenden Vorfällen und sexualisierten Übergriffen. Deswegen wollen wir Anlaufstellen für betroffene Patient*innen und Personal ausbauen und medizinische Einrichtungen dabei unterstützen verbindliche Strategien gegen strukturelle Diskriminierungen, Sexismus und für eine diversitätässensible Gesundheitsversorgung zu entwickeln.

Trotz deutlicher Anhebung der Investitionen in die Berliner Krankenhäuser bleibt hoher Investitionsbedarf. Wir werden die Investitionen weiter anheben, nicht nur, um den Status quo zu halten und eine Verlagerung auf die Betriebskosten zu vermeiden, sondern auch, um Zukunftsprojekte wie die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung voranzubringen. Finanziellen Druck zur Ausgründung von Tochterfirmen ohne Tarifbindung gilt es zu vermeiden. Bei der Krankenhausplanung legen wir einen Fokus auf Versorgungsqualität und aufeinander abgestimmte Strukturen, auch sektorenübergreifend. Nicht zuletzt in der Notfallversorgung fördern wir eine enge Zusammenarbeit von Rettungsdienst, kassenärztlichem Bereitschaftsdienst und Notaufnahmen der Krankenhäuser.

Integrierte Gesundheitszentren vor Ort schaffen

In unserem aktuellen Gesundheitssystem gibt es für alles Spezialist*innen – aber viel zu selten werden die verschiedenen Bedingungen und die unterschiedlichen Fachdisziplinen zusammengebracht und gleichzeitig die unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen und ihre spezifischen Bedürfnisse berücksichtigt. Das Gesundheitskollektiv (GeKo) im Rollbergkiez macht es anders: Hier arbeiten verschiedene Berufsgruppen zusammen und treten gemeinsam mit den Menschen im Kiez für die Gestaltung gesundheitsförderlicher Lebenswelten ein. Behandlungen erfolgen disziplinübergreifend und auf Augenhöhe mit den Behandelten. Die Bedürfnisse der Anwohner*innen im Kiez werden einbezogen, gleichzeitig unterliegt das Projekt regelmäßiger Evaluation. Wir wollen nach dem Vorbild des GeKos mehr integrierte, lokale, interprofessionelle und mehrsprachige Gesundheitszentren schaffen.

Gesundheit in allen Politikbereichen mitdenken - Prävention ein Leben lang

Gesundheit wird von vielen Faktoren beeinflusst, neben der physischen und der psychischen Verfassung spielen auch die Wohnbedingungen, die Bildungschancen und die soziale Lage eine wesentliche Rolle. Gesundheit ganzheitlich zu denken heißt, Gesundheitspolitik in allen Politikfeldern zu verankern. Wir folgen dem „Health in All Policies"-Ansatz der WHO, denn Gesundheit entsteht weder im Krankenhaus noch in der Arztpraxis, sondern im Alltag – dort, wo Menschen leben, arbeiten, zur Kita oder zur Schule gehen und ihre Freizeit verbringen. Daher ist Klimaschutz auch Gesundheitsschutz – denn Luftverschmutzung und Lärm machen krank. Mit der Verkehrswende schützen wir die Gesundheit derer, die bisher an lauten und stickigen Straßen leben müssen. Durch sichere Fuß- und Radwege lässt sich körperliche Bewegung gut in den Alltag integrieren. Mehr Grünflächen im öffentlichen Raum erleichtern sportliche

Aktivitäten im Kiez. Der einfachere Zugang zu regionalen Bio-Lebensmitteln stellt eine Grundlage für eine gesunde Ernährung und somit für den Klimaschutz dar. Wir wollen daher künftig Gesetzesvorhaben in allen Politikbereichen auch auf ihre Auswirkungen auf die Gesundheit prüfen.

Gesundheit ist eine wichtige Ressource, die gepflegt werden möchte. Aus diesem Grund sehen wir die Förderung von Gesundheit und die Prävention von Erkrankungen in Berlin als wichtige Bausteine einer nachhaltigen Gesundheitspolitik für alle Bürger*innen, egal in welcher Lebensphase oder welchem Lebensalter. Die Möglichkeiten, die das Präventionsgesetz bietet, sollen sich auch am Sozialraum unter Mitsprache der Expert*innen vor Ort - im Kiez, den Bezirken und dem Land orientieren und dort wo notwendig durch weitere Maßnahmen flankiert werden.

HIV/Aids besiegen

Berlin hat das Ziel der Vereinten übernommen, bis 2030 die Zahl der HIV-Neuinfektionen auf null zu senken. Mit der Einführung der PrEP und den Erfolgen in der Gesundheitsversorgung in den letzten Jahren konnten wir wichtige Schritte gehen. Unser Ziel für die kommenden Jahre lautet „95-95-95-0“:

Mindestens 95 Prozent der HIV-Infizierten sollen von ihrer Infektion wissen, mindestenz 95 Prozent davon Zugang zur Behandlung haben und mindestens 95 Prozent der Behandelten „unter der Nachweisgrenze“ sein und 0 Prozent sollen aufgrund ihrer Infektion Diskriminierung erfahren. Um das zu erreichen, wollen wir die Beratungs- und Versorgungsstrukturen weiter verstärken, die bestehenden Präventionsangebote und -kampagnen zielgruppenorientiert ausbauen, allen Berliner*innen unabhängig vom Geldbeutel Zugang zu Tests und Versorgung ermöglichen und Aufklärungskampagnen durchführen.

Gut versorgt von Anfang an – wir unterstützen Hebammen und Familienplanung für alle

Zur Gesundheit gehört auch, Anfang und Ende des Lebens gut zu begleiten. Hebammen und Geburtshelfer*innen begleiten den Weg ins Leben und sind für viele Menschen sowohl während der Schwangerschaft als auch während und nach der Geburt wichtige Bezugspersonen. Dass Schwangere in Berlin kaum noch eine Hebamme finden, die sie im Wochenbett betreuen kann, ist ein unhaltbarer Zustand. Wir wollen aber allen weiterhin eine selbstbestimmte und sichere Geburt ermöglichen. Am Runden Tisch Geburtshilfe haben wir deshalb vereinbart, die Ausbildungskapazitäten für Hebammen zu erhöhen, es auch in ein Studium an der Charité und der Evangelischen Hochschule zu überführen, Hebammen mit Service-Parkausweisen im Alltag zu unterstützen und Frauen mit einer digitalen Plattform die Hebammensuche zu erleichtern. Zusätzlich haben wir in Berlins Kreißsäle investiert und wir wollen die Arbeitsbedingungen für Hebammen verbessern, indem wir mehr Hebammen in die Kreißsäle bringen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Vergütungen angehoben und Versicherungsbeiträge übernommen werden und es dazu auch verbindliche Personalschlüssel in den Krankenhäusern gibt.

Damit alle, die sich ein Kind wünschen, die bestmögliche Unterstützung bekommen, wollen wir die Reproduktionsmedizin ausbauen und uns dafür einsetzen, dass sie allen - egal, ob sie alleinstehend oder verpartnert sind - von der Krankenkasse finanziert wird. Dies sollte um entsprechende Beratungsangebote insbesondere für Regenbogenfamilien erweitert werden.

Zur Familienplanung gehört aber auch, sich frei gegen ein Kind entscheiden zu können. Der kostenfreie Zugang zu Verhütungsmitteln, insbesondere für Jugendliche und Heranwachsende, soll daher durch das Land Berlin ausgebaut werden, beispielsweise in Form von freien Ausgaben bei Beratungsstellen und Gesundheitsämtern. Beratung im Fall von

Schwangerschaftskonflikten muss niedrigschwellig und mehrsprachig zugänglich sein. Informationen, wo Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden, müssen vom Land Berlin auf verschiedenen Plattformen leicht erreichbar und verständlich zur Verfügung gestellt werden. Die medizinische Versorgung zum Abbruch von unerwünschten Schwangerschaften ist zukünftig gefährdet. Sie muss zumindest von den landeseigenen Kliniken personell und strukturell gewährleistet werden. Wir kämpfen auf Bundesebene weiterhin für die Legalisierung von und Kostenübernahme für Schwangerschaftsabbrüche und die Abschaffung des sogenannten Werbeverbots im Paragraphen 219a StGB sowie des Paragraphen 218, damit Ärzt*innen ohne Restriktionen über die verschiedenen Methoden des Abbruchs informieren können und diese Teil der medizinischen Ausbildung und Kassenleistung werden. Wir wollen, dass in Berlin mehr Forschung zu Schwangerschaftsabbrüchen stattfindet. Bereits in der Schule müssen Jugendliche über diese Thematik aufgeklärt werden.

Selbstbestimmt und würdevoll bis zum Schluss

Auch das Sterben gehört zu einem ganzheitlichen Blick auf die Gesundheitsversorgung: Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt und gut versorgt ihre letzte Lebensphase verbringen können. Doch insbesondere in dieser Lebensphase sind Menschen oft kaum oder gar nicht mehr in der Lage, für ihre eigenen Bedürfnisse einzustehen. Umso wichtiger ist, dass vor dem Auftreten von schweren Erkrankungen eine gute Aufklärung über Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen stattfindet. Sind diese Dokumente nicht vorhanden, sind die Angehörigen von schwer Erkrankten häufig nicht in der Lage entsprechend des mutmaßlichen Willens der Betroffenen Aussagen zu Behandlungswünschen zu treffen. Gültige Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen stellen sicher, dass die Wünsche von Betroffenen, insbesondere am Lebensende, geachtet werden. Sie erleichtern außerdem dem medizinischen Personal die Arbeit. Deshalb wollen wir die Aufklärungsstrukturen dafür ausbauen. Darüber hinaus wollen wir eine Beratungsstelle für Palliativmedizin einrichten, die über die Möglichkeiten der Versorgung im Hospiz oder zuhause transparent informiert. Palliativmedizin ist aufgrund reformbedürftiger Anreize aus gesundheitsökonomischer Sicht oft unattraktiver als die medizinische Behandlung durch Operationen und intensivmedizinische Maßnahmen, die von den Betroffenen häufig als quälend empfunden werden. Umso wichtiger ist es, Ärzt*innen so aus- und weiterzubilden, dass für sie die Wünsche der Behandelten im Fokus stehen und lebensverlängernde Maßnahmen nicht um jeden Preis durchgeführt werden.

Förderung psychischer Gesundheit und gute wohnortnahe Versorgungsangebote

Mit seinem Grundsatz-Urteil vom 26.2.2020 hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass auch beim Suizid in jeder Lebenslage eines Menschen die Selbstbestimmung umfassend gilt. Der damalige Paragraph 217 StGB, der die Beihilfe kriminalisierte, wurde deshalb für nichtig erklärt. Nun gilt: Menschen, die eine Entscheidung über das eigene Lebensende treffen möchten, haben also einen Anspruch auf qualifizierte Aufklärung und Beratung, auch zu lebensorientierten Alternativen zum Suizid. Wir wollen in Berlin ein entsprechendes Modellprojekt mit ergebnisoffenen und einfühlsamen Gesprächsangeboten auf den Weg bringen.

Unser Gesundheitsverständnis umfasst ausdrücklich das psychische Wohlbefinden. Durch unsere Politik wollen wir die Lebensbedingungen in Berlin so gestalten, dass sie einen positiven Einfluss auf die psychische Gesundheit ausüben und die Resilienz stärken. Darüber hinaus wollen wir – u. a. im Rahmen des Präventionsgesetzes – konkrete Angebote schaffen und ausbauen, die dabei helfen, mit psychischen Belastungen umzugehen und Krisen besser zu bewältigen.

Von der Gesundheitsförderung und Prävention über die Beratung bis hin zur Behandlung und Rehabilitation setzen wir auf sozialraumorientierte und wohnortnahe, miteinander vernetzte

Angebote. Dabei fördern wir die Partizipation durch den Trialog und Peer-Ansätze sowie den Abbau von Zwang. Auch hochstrukturierte Bereiche der psychiatrischen Versorgung wie z.B. das Krankenhaus des Maßregelvollzugs wollen wir als integralen und wichtigen Bestandteil des psychiatrischen Versorgungsnetzwerks weiterentwickeln. In der Versorgung gilt für uns die Maxime: ambulant vor teilstationär vor stationär. Unser Plan ist, innovative Finanzierungs- und Steuerungsmodelle sowie neue Angebotsformen zu fördern. In den Sozialpsychiatrischen und Kinder- und Jugendpsychiatrischen Diensten wollen wir mehr aufsuchende Beratungs-, Begleitungs- und Vernetzungsangebote für schwer psychisch beeinträchtigte Menschen mit und ohne Obdach anbieten. Dafür braucht es auch mehr personelle Ressourcen. Wir wollen darüber hinaus das psychosoziale Unterstützungsangebot für Geflüchtete bedarfsgerecht und mehrsprachig ausbauen, sowohl in den Geflüchteten-Unterkünften als auch bei den aufsuchenden psychosozialen Fachkräften als Teil der Angebote des Psychiatrieentwicklungsprogramms. Das Psychiatrieentwicklungsprogramm wollen wir endlich weiterentwickeln und einen datengestützten Landespsychiatrieplan etablieren.

Ein neues „Landesprogramm Psychische Gesundheit“ soll die vielfältigen Angebote zur Förderung psychischer Gesundheit, zur psychosozialen und psychiatrischen Unterstützung und Versorgung sowie ein neues Berliner Suchtkonzept unter einem Dach vereinen. Unter diesem Dach werden Prävention, Intervention und Nachsorge bei sexualisierter Gewalt regelhafter Bestandteil der psychosozialen Gesundheitsversorgung und eine konsequente Anschlussfähigkeit zu bereits bestehenden Netzwerken in Berlin sichergestellt.

3.4 Selbstbestimmt im Alter. Wir machen die Pflege stark

Wir Berliner*innen leben immer länger. Wir wollen, dass Menschen egal welchen Alters selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können, gleich woher sie kommen, wie dick ihr Portemonnaie ist oder wie pflegebedürftig sie sind. Dafür wollen wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Ältere, auch an Demenz erkrankte Menschen sollen weiter ihre Fähigkeiten einbringen und ihr Umfeld mitgestalten, auch die Hilfs- und Unterstützungsangebote oder den barrierefreien Umbau ihrer Wohnung und der Einrichtungen im Kiez. Und wer Pflege benötigt, soll sie in bester Qualität erhalten. Dafür setzen wir uns ein, auf Landes- wie Bundesebene und im Schulterschluss mit Pflegebedürftigen, Pflegefachkräften und pflegenden Angehörigen.

Im Kiez verortet

Wir wollen die Lebensbedingungen Älterer in Berlin so gestalten, dass sie so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden leben und am gesellschaftlichen Leben im Kiez teilhaben können. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet, um das zu ermöglichen. Darüber hinaus fördern wir die Gesundheit im Alter und ermöglichen mit inklusiven, generationenübergreifenden Projekten Begegnungen, bei denen wir Menschen über die eigene Community hinaus zusammenbringen.

Einsamkeit vorbeugen

Immer mehr ältere Menschen leiden unter Einsamkeit. Dies trifft sehr häufig Pflegebedürftige und Kranke, aber auch Menschen, die in ihrem bisherigen Leben von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen waren. Menschen mit mobilitätsbedingten Einschränkungen und ausgeprägten Sinnesbehinderungen können oft ohne Unterstützung nicht mehr die eigene Wohnung verlassen. Sehr oft fehlen ihnen anregende zwischenmenschliche Kontakte. Die

Kontaktlosigkeit geht mit dem Verlust mentaler Fähigkeiten, eingeschränkter Sprachkompetenzen und schlechterer körperlicher Gesundheit einher. Präventiv können hier Angebote sozialer Aktivitäten wirken. Mit der Förderung von Hilfs- und Kontaktangeboten, wie das Silbernetz gegen Einsamkeit im Alter, freiwillige Besuchsdienste und der Einführung von präventiven Hausbesuchen wollen wir der Einsamkeit im Alter entgegenwirken.
Auch die Kompetenz zur Nutzung von digitalen Medien trägt dazu bei, den Kontakt zu anderen aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wer die Vielfalt der Nutzung der digitalen Angebote kennen lernen will, benötigt Unterstützung durch vertrauensvolle Stellen und es muss die Zuversicht vermittelt werden, auftretende Probleme nach und nach eigenständig lösen zu können. Wir brauchen eine Bildungsoffensive zur digitalen Teilhabe, die auch Altersgruppen jenseits des 75. Lebensjahres einschließt. Deshalb fordern wir kostenlose WLAN-Anschlüsse in Pflegeheimen, Pflege-Wohngemeinschaften und Freizeiteinrichtungen für ältere Menschen. Dort sollen auch Tablets und Smartphones als Leihgeräte zur Verfügung stehen.

Vielfalt der Pflege- und Wohnformen

Wir streben eine breite Mischung zielgruppengerechter, diversitäts- und diskriminierungssensibler Pflege- und Wohnformen an und wollen alternative Wohn- und Pflegeformen ausbauen. Perspektivisch sollen große Heimeinrichtungen abgelöst werden, wir fördern kleine, in Quartieren angebundene und vernetzte Versorgungseinrichtungen. Sie bieten quartiersnahe, sozialintegrative und inklusive Beratung, Pflege und Betreuung älterer Menschen. Um eine gute Qualität sicherstellen und kontrollieren zu können, haben wir das Wohnteilhabegesetz überarbeitet. Wir streben weiter das Ziel an, dass die Heimaufsicht personell angemessen und qualifiziert besetzt ist. Wir wollen die Bewohner*innenbeiräte von Pflegeheimen und Pflege-Wohngemeinschaften stärken und ihnen kostenlose Fortbildungen anbieten. Besonders wichtig war uns dabei die Anbindung von Einrichtung und Wohngemeinschaften an den jeweiligen Sozialraum. Wir werden die vorhandenen Beschwerdestrukturen optimieren und die Einrichtung einer Beschwerdestelle im Bereich Pflege prüfen.

Mit einem Kompetenzzentrum Pflegewohnformen wollen wir Menschen mit erhöhtem Pflegebedarf beraten. Die Mitarbeiter*innen des Zentrums sollen auch Pflegeheime beraten, die ihr Angebot in Richtung Quartier öffnen wollen. Darüber hinaus werden wir altersgerechtes und barrierefreies Wohnen ausbauen, der Bedarf wächst stetig. Auch Pflegeeinrichtungen und gerade Pflegewohngemeinschaften sind von Verdrängung bedroht. Wir brauchen in allen Kiezen Pflegeeinrichtungen.

Gerade weil der Bedarf an Pflegeunterstützung wächst, werden wir eine Stadtentwicklungsplanung für Pflege und Senior*innen anstoßen, die vorhandene Strukturen und weitere Bedarfe aufschlüsselt und absichert. Da in den Bezirken ein großes Wissen über die Bedarfe und Besonderheiten der einzelnen Kieze herrscht, sollen sie eng eingebunden werden. Die Bezirke erhalten den Auftrag, gemeinsam mit den Netzwerken vor Ort regelmäßig eine kontinuierliche Planung zur Weiterentwicklung von Versorgungsangeboten und der lokalen Pflegeinfrastruktur vorzulegen. Die abgestimmte Bedarfsplanung ist Grundlage für die Landesförderung zur Weiterentwicklung der Infrastruktur für ein selbstbestimmtes Altern. Für uns ist klar, dass Pflege die vielfältigen Lebensentwürfe und -realitäten der Berliner*innen abbilden muss. Wir setzen uns für diversitäts- und geschlechtersensible Pflege ein. Gerade in einer Einwanderungsgesellschaft gilt es Diversity-Kompetenzen auszubauen, bei Einstellungen auf Diversität zu achten und im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse in Pflege- und Gesundheitsberufen leichter anzuerkennen. Mit den Pflegestützpunkten der interkulturellen Öffnung und der LSBTIQ*-sensiblen Beratung sind wir erste Schritte gegangen – diesen Weg wollen wir weitergehen. Hierzu leisten die Interkulturellen Brückenbauer*innen

in der Pflege einen wesentlichen Beitrag, den es auszubauen und um die diversitätskritische Hospiz- und Palliativversorgung in Berlin auszuweiten gilt.

Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen

Gute Pflege steht und fällt mit den Mitarbeiter*innen. In der Haus- und Familienpflege sowie bei Berufen der Altenpflege sind das zu über 80 Prozent Frauen. Pflegekräfte sind systemrelevant, das spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend auf dem Gehaltszettel und in den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege wurden in den letzten Jahren bereits Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf gute Pflege angewiesen. Ein wichtiger Schritt ist eine gerechte, auskömmliche Bezahlung, die im Job selbstverständlich sein muss und schon in der Ausbildung, wie bei Pflegepraktika, Famulaturen, bei Praktika im Pflegestudium und für Ärzt*innen im praktischen Jahr erfolgen muss. Wir wollen auch die Akademisierung der Pflege und Therapieberufe voranbringen und mehr Studienangebote im Bereich der Gesundheitsberufe schaffen. Eine Pflegekammer, wenn sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden gewünscht wird, unterstützen wir.

Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote, gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte.
Eine Pflegekammer kann dafür einen Beitrag leisten, wenn sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden unterstützt wird. Wir fordern mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und berufsbegleitende Ausbildungen. Auch die Ausbildung zur Pflegeassistenz muss vergütet werden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz wollen wir auf Bundesebene regeln und bis dahin schon in Berlin besser, generalistisch und über einen längeren Zeitraum ausbilden. Im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden. Auch in der ambulanten Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende Menschen möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Viele ausgebildete Kräfte arbeiten nicht mehr in ihrem Beruf – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen und einer besseren Entlohnung von Beschäftigten in der ambulanten Pflege wollen wir sie zurückgewinnen.

Pflegende Angehörige besserstellen

Pflegende Angehörige bilden eine der tragenden Säulen der häuslichen Pflege. Rund 200.000 Berliner*innen betreuen und versorgen ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Wir wollen sie stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So wollen wir ihr Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen soll ausgebaut und verstetigt werden. Besonders Kinder und Jugendliche als pflegende Angehörige müssen dabei in Zukunft noch mehr bedacht werden. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung wird durch einen Beirat bestehend aus Selbstvertretungsgruppen Pflegender Angehöriger und den Kontaktstellen PflegeEngagement beraten. Als Berliner Landesregierung haben wir bereits eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet, eine Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Hier werden wir weiter Druck machen.

3.5 Inklusives Berlin – Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Menschen mit Lernschwierigkeiten oder Beeinträchtigung werden von der Gesellschaft eingeschränkt, weil sie nicht als Norm gelten. Diesen Einschränkungen wollen wir entgegenwirken und die Berliner Stadtgesellschaft inklusiver gestalten. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne körperlichen, psychischen oder kognitiven Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen. In Berlin leben rund 350.000 Menschen mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50, das ist fast jede zehnte Person. Unsere Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft ist aber für noch viel mehr Menschen wichtig. Aufzüge an Bahnhöfen nutzen auch Eltern mit Kinderwagen, auf barrierefreies Wohnen sind im Alter fast alle angewiesen. Für ganz Berlin ist es zentral, dass wir Barrieren einreißen, wo immer sie noch stehen.

Seit dem 1. Januar 2020 ist das neue Bundesteilhabegesetz (BTHG) voll in Kraft. Wir Bündnisgrüne mahnen auf Bundesebene tiefgreifende Nachbesserungen an. Gleichzeitig arbeiten wir in Berlin an der Umsetzung, um das Beste herauszuholen. In allen Bezirken wird am Aufbau sogenannter „Häuser der Teilhabe“ gearbeitet. Dort sollen Menschen mit Behinderung künftig Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Eingliederungshilfe finden. Für den Aufbau der Häuser und die fachliche Koordination werden jedem Bezirk seit 2020 zusätzlich zwei Stellen von Seiten des Landes zur Verfügung gestellt. Auch beim barrierefreien Umbau der Stadt haben wir wichtige Schritte gemacht, zum Beispiel bei Bus und Bahn. Unser Mobilitätsgesetz schreibt den Anspruch auf barrierefreie Mobilität fest und wir investieren jedes Jahr Millionen, um dem Ziel der Barrierefreiheit näher zu kommen.

„Häuser der Teilhabe“ ermöglichen umfassende Beratung

In den kommenden Jahren geht es um die konkrete Umsetzung vor Ort – diese wollen wir gezielt vorantreiben. Wir wollen in den "Häusern der Teilhabe" multiprofessionelle Teams zusammenbringen, um die Beratung so umfassend wie möglich zu gestalten. Den Rahmen für einheitlich hohe Standards der Umsetzung sollen Zielvereinbarungen bilden, die wir zwischen Land und Bezirken entwickeln und stetig weiterentwickeln wollen. Etikettenschwindel, also ein neues Label und die Fortführung der bisherigen Praxis der Sozialhilfe, werden wir nicht zulassen. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch das „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in allen „Häusern der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtekreisen erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung stehen.

Für Inklusion in allen Lebensbereichen

Der Arbeitsmarkt in Berlin muss inklusiver werden. Dabei gilt für uns die Prämisse: Inklusion hat Vorrang. Daher wollen wir die sogenannten Werkstätten so weiterentwickeln, dass sie nicht zur Endstation werden, sondern der Befähigung zur Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt dienen. Perspektivisch sollen Werkstätten überflüssig werden. Unternehmen mit mehr als 20 Arbeitsplätzen sind gesetzlich verpflichtet, wenigstens auf fünf Prozent der Arbeitsplätze Menschen mit Schwerbehinderung zu beschäftigen. Noch immer zahlen aber zu viele Arbeitgeber*innen lieber die entsprechende Ausgleichsabgabe. Um das zu ändern, werden wir Betriebe mit einer hohen Zahl von Mitarbeiter*innen mit Behinderung stärker fördern und Aufträge der öffentlichen Hand vermehrt an diese, mindestens aber an „Inklusionsbetriebe“ vergeben.

Wir streben eine Erhöhung der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs für Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen an. Wir unterstützen und fördern solche Projekte, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen auf dem ersten Arbeitsmarkt eine Zukunftsperspektive zu finden.

Auch Bus und Bahn müssen in Berlin barrierefrei werden. Den Umbau aller Bahnhöfe und Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang werden wir schnellstmöglich abschließen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der barrierefreien Taxen im öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen. Bei der Konzessionsvergabe für private Anbieter von Mobilitätsdienstleistungen wollen wir Inklusion zu einer Bedingung machen.

Barrierefreier Wohnraum ist nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für ältere Menschen wichtig. Unser Ziel für 2035 ist, dass 15 Prozent des gesamten Wohnraumes barrierefrei zugänglich und nutzbar sind. Um hier zügig voranzukommen, wollen wir die Umsetzung der Berliner Bauordnung konsequent prüfen, um sicherzustellen, dass die Vorgaben zum barrierefreien Wohnen eingehalten werden. Beim Neubau wollen wir entsprechende Quoten zur Steigerung der Anzahl barrierefreier Wohnungen einziehen.

Unser Ziel ist inklusive Bildung in einer inklusiven Gesellschaft - in Schule, Berufsschule und Hochschule. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses Ziel. Nach und nach wollen wir unsere Schulen so befähigen, dass alle Kinder gemeinsam an Regelschulen lernen. Die Mitarbeiter*innen der Förderschulen brauchen wir an den Regelschulen zur individuellen Betreuung der Kinder mit Behinderung weiterhin. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass das Konzept der Schulgesundheitspflege umgesetzt wird, um so die Gesundheit der Kinder zu verbessern.

Zur barrierefreien Sanierung von Nachbarschaftszentren und anderen sozialen Begegnungsräumen werden wir ein Landesförderprogramm auflegen und mit den Sportvereinen Berlins werden wir weiter daran arbeiten, auch die Vereine für Menschen mit Behinderung zu öffnen. In der queeren Community sind wir mit einem Fördertopf für Barrierefreiheit vorangegangen. Diesen werden wir fortsetzen, um auch für LSBTIQ* mit Beeinträchtigungen die Teilhabe an queerer Infrastruktur zu sichern. In Zusammenarbeit mit der Clubkommission wollen wir zudem gezielt eine barrierefreie Clubkultur in Berlin fördern.

Ein großer Teil des Lebens spielt sich online ab. Mit der gesetzlichen Umsetzung der EU-Richtlinie zu barrierefreien Online-Angeboten öffentlicher Stellen hat Berlin einen wichtigen Schritt getan. Das gilt zuallererst für die Seiten der Senatsverwaltungen und Bezirksämter. Bei der Neukonzeption von www.berlin.de muss die digitale Barrierefreiheit schon in der Planung umfassend mitgedacht werden.

Inklusion erfordert ein Umdenken von vielen. Aber es lohnt sich – am Ende ist eine inklusive Gesellschaft eine bessere Gesellschaft für alle.

3.6 Drogenpolitik – Prävention, Aufklärung, Unterstützung und Selbstbestimmtheit

Drogen sind Teil der Gesellschaft und der Substanzgebrauch ist weit verbreitet. Die Debatte zum Umgang damit wird jedoch irrational geführt und ist von Verbotsdogmen und Tabus geprägt. Wir Bündnisgrüne stehen für eine Neuausrichtung: Wir wollen einen vernünftigen, evidenzbasierten Ansatz, der sich an Fakten orientiert, Menschen durch Prävention und Aufklärung schützt und damit Verbraucherschutz überhaupt erst möglich macht, Abhängigen unkompliziert Hilfe zukommen lässt und die Selbstbestimmung aller respektiert.

Drogen nach Gefährdungspotential unterscheiden

Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. Etwa 15 Millionen Menschen deutschlandweit rauchen, rund 120.000 Menschen sterben jährlich an den Folgen des Rauchens, viele Millionen sind schwer nikotinabhängig. Am gefährlichsten für Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig.Tatsächlich ist die Unterscheidung zwischen legalen Suchtmitteln auf der einen und illegalen Drogen auf der anderen Seite nicht sinnvoll, wurde fachlich willkürlich getroffen und beruht bis heute auf zum Teil rassistischen Motiven. Wir Bündnisgrüne stehen für eine Drogenpolitik, die auf Fakten, statt auf ideologischen Debatten basiert. Sie ist vom Leitbild geprägt gesundheitliche Schäden zu mindern und die Konsument*innen zu befähigen, aufgeklärt und selbstbestimmt zu konsumieren, ohne dabei Dritte zu gefährden. Statt willkürlicher Kriterien wäre eine Regulierung nach tatsächlichem Gefährdungs- und Suchtpotential ein wichtiger Schritt – hier ist die Bundespolitik in Verantwortung. Einen großen Unterschied macht, wie Drogen konsumiert werden: moderat, selbstbestimmt und aufgeklärt oder riskant und in kriminalisierten, ungeschützten Räumen. Politik muss sich an diesen Erkenntnissen orientieren. Ideologische Debatten lehnen wir ab.

In Berlin schon viel erreicht – was fehlt, sind andere Regelungen auf Bundesebene

In den vergangenen Jahren haben wir Schritte in die richtige Richtung gemacht. Wir haben ein Werbeverbot für Tabak und Alkohol immerhin auf kommunalen Werbeflächen erreicht. Mit einem Pilot-Projekt zum Drug-Checking in Clubs haben wir einen Weg eingeschlagen, der Menschen vor gefährlichen, gepanschten Drogen schützt, Drogenkonsumräume wurden in den Bezirken geplant und geschaffen. Dort sind neben risikoarmem Konsum vor allem Aufklärung, Beratung und Unterstützung möglich. Die „Null-Toleranz-Zonen“ für den Besitz von Cannabis haben wir abgeschafft, da sie kein Problem gelöst und den Handel nur in Hauseingänge und auf Spielplätze verlagert haben. Was fehlt, sind grundlegende Reformen auf Bundesebene. Gemeinsam mit der grünen Fraktion im Deutschen Bundestag wurde mit unserem „Cannabiskontrollgesetz“ ein sehr konkreter Weg zur regulierten Abgabe entwickelt, den wir auch weiter vorantreiben werden, sowie die Forschung auf dem Gebiet der psychoaktiven Substanzen.

Aufklärung und Prävention ausbauen

In Berlin werden wir weiterhin an unserer Linie einer evidenzbasierten, Drogenpolitik festhalten. Dazu werden wir Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen ausbauen. Der Jugend- und Gesundheitsschutz sowie die Aufklärung von Verbraucher*innen und damit der Verbraucherschutz haben dabei für uns höchste Priorität. Für Jugendliche und junge Erwachsene fördern wir präventive Angebote durch verbindliche Kooperationsstrukturen von Schule, Jugend- und Suchthilfe. Dabei nehmen wir nicht nur substanzbezogene Abhängigkeiten in den Blick, sondern werden auch Programme der Prävention vor nicht substanzgebundenen Süchten, beispielsweise von Glücksspiel oder Computerspielen, weiter ausbauen. Die Werbung für Tabak und Alkohol wollen wir in einem nächsten Schritt auf allen Werbeflächen in Berlin verbieten. Den Nichtraucherschutz wollen wir konsequent umsetzen, Kellner*innen und Barkeeper*innen schützen wir damit und halten das gesellschaftliche Leben auch für Menschen mit Vorerkrankungen offen. Für bestimmte Raucherkneipen wollen wir Lizenzen vergeben, um hier mehr Klarheit für Betreiber*innen und Gäste zu schaffen.

Wir nehmen die Sorgen und Ängste der Menschen rund um Drogenhotspots ernst und werden mit voller Kraft für eine Verbesserung kämpfen. Solange keine kontrollierte Abgabe diese Hotspots komplett verschwinden lässt, werden wir mit Programmen zur sicheren Spritzenentsorgung, mit häufigen Reinigungszyklen in Parks und auf Spielplätzen sowie mit gezielten Kontrollen die Situation vor Ort verbessern. Denn Spritzen und Drogen haben auf

Spielplätzen nichts verloren. Bei der Lösung dieser Probleme beziehen wir die Betroffenen im Sinne partizipativer Handlungsansätze aktiv mit ein.

Beratung und Selbsthilfe stärken

Beratungs- und Selbsthilfeangebote wollen wir ausbauen, genau wie Drogenkonsumräume. Neben dem Ausbau von Drogenhilfeprogrammen wollen wir auch die bestehenden Strukturen verstetigen und die Zusammenarbeit in den verschiedenen Bereichen und Ebenen vernetzen. So schützen wir Konsument*innen am besten. Unser Ziel sind Drogenkonsumräume und Spritzentauschprogramme in allen Bezirken Berlins. Die Öffnungszeiten von bestehenden Drogenkonsumräumen sollen ausgeweitet werden und Schutzräume für Frauen, inter, nicht-binäre und trans Personen geschaffen werden. Mit einer stärkeren aufsuchenden Sozialarbeit wollen wir Menschen erreichen, die drogenabhängig und dringend auf Unterstützung angewiesen sind, den Weg in die Beratung aber nicht alleine schaffen. Das Drug-Checking werden wir weiter vorantreiben, so dass es sich zur anerkannten Normalität in Berlins Nachtleben entwickelt – immer kombiniert mit Angeboten zur Beratung und Hilfe zum Ausstieg aus dem riskanten Drogenkonsum. Für eine bessere Erreichbarkeit wollen wir mehr mobile Drug-Checking-Teams auf den Weg bringen. Die Sucht- und Präventionsarbeit im Strafvollzug soll weiter ausgebaut werden. Zentral ist dabei für uns, dass saubere Spritzen zur Verfügung stehen, die Möglichkeit der Opioid-Substitution und die Diamorphintherapie für Betroffene sowie eine nahtlose Anschlussversorgung und medizinisch-psychologische Betreuung nach der Haftentlassung sichergestellt sind.

Illegalen Markt austrocknen

Um den illegalen Markt auszutrocknen, arbeiten wir in einem nächsten Schritt weiter daran, Cannabis zu legalisieren. Solange es auf Bundesebene keine Reform gibt, halten wir an unserem Ziel eines Modellprojektes zur regulierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Berlin fest. Die nicht verfolgbare geringe Menge für Cannabis zum Eigenbedarf wollen wir anheben und auch für andere illegale psychoaktive Substanzen entsprechende geringe Mengen festlegen, die strafverfolgungsfrei bleiben. Damit entlasten wir Polizei und Justiz massiv. Auch den Parks, die durch Dealertätigkeiten geprägt sind, wollen wir wieder zu mehr Ruhe und Sauberkeit verhelfen und auch die Lebensqualität der Anwohner*innen verbessern. Frei gewordene Kapazitäten wollen wir so weit möglich für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität einsetzen, die maßgeblich durch den internationalen Drogenhandel begünstigt wird.

Drogenpolitik ist auch Friedenspolitik

Weltweit sorgen der Anbau und Handel von Drogen für Gewalt, Konflikte und Kriege. Anhand kaum eines anderen Politikfelds sind die weltweiten Auswirkungen und Zusammenhänge mit unseren politischen Entscheidungen so sichtbar. Um Leid und Tod infolge dieser Konflikte zu beenden, arbeiten wir daran, dem internationalen Drogenhandel seine finanziellen Wurzeln zu entziehen. Das gelingt nur durch einen rationalen Ansatz von Entkriminalisierung und Kontrolle. Es ist Zeit, dass wir diese Fragen bei uns lösen, nicht diese Konflikte auf dem Rücken von Menschen in anderen Teilen der Welt austragen.

3.7 Berlin bleibt in Bewegung – wir sind die Hauptstadt des Sportes

Sport und Bewegung halten gesund, ermöglichen Gemeinschaft, tragen maßgeblich zum körperlichen und psychischen Wohlbefinden bei. Sport ist integraler Bestandteil des sozialen und kulturellen Lebens und ebenso vielfältig. Wir wollen allen Berliner*innen ermöglichen sich sportlich zu betätigen. Egal in welchem Alter, egal ob organisiert und regelmäßig oder

nur ab und zu, das Sportangebot in Berlin soll alle Bedürfnisse abdecken. Dabei ist unsere Vision für die Hauptstadt des Sportes, dass Sport und Bewegung selbstverständlich in allen Bereichen mitgedacht wird: sei es das Laufen im Park, eine Runde Tischtennis im Hof, Bouldern an der Einkaufscenter-Fassade oder Kicken auf dem Supermarkt-Dach. Dafür denken wir Sport und Bewegung auch in der Stadtplanung mit. Sport verbindet auch über Grenzen hinweg. Berlin profitiert von Sportgroßveranstaltungen, wenn sie ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig sind und Bürger*innenbeteiligung und Transparenz über Kosten von der Bewerbung bis zur Durchführung und Nachnutzung sichergestellt werden.

Ehrenamtliche sind das Rückgrat der Vereine

Viele Berliner*innen sind in Sportvereinen ehrenamtlich aktiv. Sie übernehmen vielfältige, gesellschaftliche Aufgaben und sind unverzichtbar. Sie unterstützen das soziale und sportliche Miteinander im Breiten-, Feizeit- und Leistungssport als Trainer*innen, Schiedsrichter*innen oder im Vorstand. Fair Play gilt für uns nicht nur auf dem Platz, sondern auch bei der Bezahlung von Trainer*innen und Übungsleiter*innen. Deswegen haben wir die Finanzierung der Trainer*innen und Übungsleiter*innen verbessert. Uns ist wichtig ihre Leistung anzuerkennen und dafür Sorge zu tragen, dass kostenlose Fortbildung- und Seminarangebote, auch im Bereich des Kinderschutzes zur Verfügung stehen. Dies ist ein wichtiger Bestandteil, um zu gewährleisten, dass Sportvereine sichere Orte für Kinder und Jugendliche, frei von jeglichen Formen physischer, psychischer sowie sexualisierter Gewalt, sind. Deshalb halten wir den Erwerb des Kinderschutzsiegels für Vereine für notwendig.

Institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen

Gleichzeitig machen immer mehr Berliner*innen alleine oder in sich frei organisierenden Gruppen Sport. Wir wollen den institutionalisierten und frei organisierten Sport gleichstellen und allen Bürger*innen den Zugang zu Sportanlagen ermöglichen. Deswegen werden wir das Sportfördergesetz und die Sportanlagen-Nutzungsvorschriften so anpassen, dass die Vergabe von Sportflächen auch an frei organisierte Sportgruppen ermöglicht wird. Auch der neu gestaltete Olympia-Park in Charlottenburg-Wilmersdorf und der inklusive Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark in Pankow sowie der "Sport- und Bewegungspark Tegel" sollen Vorzeige-Projekte für das Nebeneinander von institutionalisiertem und frei organisiertem Sport werden. Hierfür wollen wir den Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark modernisieren und zeigen, wie an einem historischen Ort in einer Naturlandschaft neben dem ehemaligen Grenzstreifen eine inklusive Sportstätte für alle Menschen entstehen kann.

Um einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Sport und Bewegung zu ermöglichen, haben wir das Programm „Sport im Park“ ins Leben gerufen, das in allen Berliner Bezirken kostenlose Sportangebote ermöglicht. Egal ob Teamsport, Workout oder Balance, bei mehr als 100 Aktivitäten ist für jede*n was dabei. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir auch in den kommenden Jahren weiterführen.
Unabhängig davon, ob es als Medienphänomen oder als Sportart gesehen wird - E-Sport wird zum Bestandteil des Alltags vieler Berliner*innen. Wir wollen seine Entwicklung mit Gamer*innen, Eltern und Pädagog*innen gemeinsam gestalten und einen souveränen Umgang unterstützen. Dabei fördern wir insbesondere ehrenamtliches Engagement, Diversität und Geschlechtergerechtigkeit im E-Sport und setzen uns für einen nachhaltigen E-Sport-Standort ein.

Sportanlagen inklusiv und ökologisch

Als wir 2016 Regierungsverantwortung übernommen haben, waren die Sportanlagen in Berlin in schlechtem Zustand. Mit dem Sportstättensanierungsprogramm haben wir begonnen, Sportstätten wieder in Schuss zu bringen. Es ist aber auch klar: Bei der Vielzahl an Anlagen wird die Sanierung ein Marathon, kein Sprint. Für uns ist wichtig, dass die Sanierungen nach hohen

ökologischen Standards mit transparenter Bürger*innenbeteiligung erfolgen müssen. Die Klimakrise erfordert, dass wir in allen Lebensbereichen Ressourcen schonen. Deswegen haben wir in den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften auch Nachhaltigkeitskriterien verankert.

Berliner Sportanlagen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch barrierefrei werden. Multifunktionale und behindertengerechte Sportstätten versetzen alle Berliner*innen in die Lage, sich sportlich zu betätigen, und leisten somit einen Beitrag zur Gesellschaft der Vielen, die allen Menschen, auch in einer älter werdenden Gesellschaft, ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal welche körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht, welches Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle Orientierung und sexuelle Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller Berliner*innen muss sich auch in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände wiederspiegeln.

Berlin wächst und damit auch der Bedarf an Sportstätten. Aus ökologischer Sicht ist es geboten, vorhandene Sportanlagen besser auszulasten, bevor wir mit Neubauten Flächen versiegeln. Wenn nicht bereits geschehen, können die Außengelände von beispielsweise Schulen umfassender genutzt werden, indem sie nach Schulschluss für die Allgemeinheit geöffnet werden. Wo nötig werden wir auch neue Sportanlagen bauen.

Bäder für die Berliner*innen – Schwimmen ist eine Überlebenstechnik und gut für die Gesundheit

Jedes Kind in Berlin soll Schwimmen lernen. Wir können nicht hinnehmen, dass immer wieder Menschen ertrinken, weil sie nicht schwimmen können. Wir wollen deshalb den Schulschwimmunterricht qualifizieren, indem wir die erfolgreichen "Schulschwimmzentren" auf ganz Berlin ausweiten. Zudem wollen wir die Öffnungszeiten der Berliner Bäderbetriebe verlängern, damit alle Schulklassen die Möglichkeit zum Schwimmunterricht bekommen und sich die Nutzung der Bäder besser verteilt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob Kooperationsverträge mit anderen Schwimmhallen, etwa in Hotels oder Fitnessstudios, abgeschlossen werden können, um die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen.

Wir wollen die Berliner Bäderbetriebe zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen umstrukturieren, das sich an den Bedürfnissen der Bürger*innen orientiert. Die Preisstruktur soll transparent sein und allen Berliner*innen die Nutzung der Schwimmbäder ermöglichen. Wir haben in den letzten Jahren viel Geld für die Sanierung der Bäder bereitgestellt, aber wie bei den Sportstätten ist auch bei den Bädern ein langer Atem nötig, bis alle Bäder wieder in Schuss sind. Bei Um- und Neubauten achten wir darauf, dass sie barrierefrei und ökologisch sind.

Wir fördern inklusive Sportangebote, die allen Menschen offenstehen, egal welche körperlichen und psychischen Voraussetzungen, welche Herkunft, welches Geschlecht, welches Alter, welchen sozialen und finanziellen Hintergrund oder welche sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität der einzelne Mensch hat. Die Vielfalt aller Berliner*innen muss sich auch in den Führungspositionen der Vereine und Sportverbände widerspiegeln.

Jetzt ganz konkret: Bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1. „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ – Wohnen ist keine Ware

Wir sagen Verdrängung und Immobilienspekulation den Kampf an. Schon jetzt nutzen wir Bündnisgrüne das Vorkaufsrecht wo immer möglich. Mit unserem „Masterplan 50 Prozent Gemeinwohl“ sollen mindestens 50 Prozent aller Wohnungen in Berlin in gemeinwohlorientierte Hände kommen. Um das Vorkaufsrecht effektiv nutzen zu können, treffen wir die notwendige

finanzielle Vorsorge für die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Mit gemeinwohlorientierten Genossenschaften, Stiftungen oder Projekten wie dem Mietshäuser-Syndikat werden wir eine Kooperationsvereinbarung abschließen. Dabei gilt es auch nötige Flächen in Erdgeschossen und gewerblichen Gebäuden zu sichern für Gemeinbedarfsflächen, Nachbarschaftstreffs, Stadtteil- und Familienzentren, Kleingewerbe und Kultur.

2. Förderung, die ankommt – Armut von Familien und Kindern beenden

180.000 Kinder in Berlin leben in Familien, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Die Kinder- und Familienförderung des Bundes ist ein Chaos – die einzelnen Leistungen sind so unübersichtlich, dass sie nicht bei den Familien und Kindern vor Ort ankommen. Solange das Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht sortiert ist, lösen wir es in Berlin auf und schaffen „Familienservicebüros“ in allen Bezirken. Nicht Eltern sollen für Kindergeld, Elterngeld oder Wohnberechtigungsschein immer wieder Unterlagen einreichen müssen. Ein*e Sachbearbeiter*in soll für jede Familie alle notwendigen Unterlagen bereitstellen und verarbeiten. Auch unterschiedliche Leistungen aus Jugendamt und Sozialamt sollen zusammenfließen: ein Ort, alle Leistungen.

3. Ein neues Landesamt für Unterbringung – jeder Mensch braucht ein Zuhause

Menschen brauchen ein Dach über dem Kopf und eine Perspektive auf ein eigenständiges Leben – egal ob Menschen geflüchtet sind, seit langem auf der Straße leben oder gerade die Wohnung verloren haben. Bisher sind die Bezirke für die Unterbringung von obdachlosen Menschen zuständig, das Land Berlin für die Unterbringung von Geflüchteten – konkret das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das hier große Expertise aufgebaut hat. Diese Kompetenzen wollen wir für alle Menschen in Berlin nutzen. Darum werden wir das LAF zu einem neuen „Landesamt für Unterbringung“ weiterentwickeln. In diesem Zuge setzen wir uns für eine schnelle, dezentrale Unterbringung geflüchteter Menschen ein und wirken auf Bundesebene darauf hin, dass geflüchtete Menschen nicht mehr gezwungen werden in Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen.

4. Pflege ist systemrelevant – Arbeitsbedingungen verbessern

Pflege ist systemrelevant, wir alle sind in Krankheitszeiten und im Alter darauf angewiesen. Das muss sich auch in den Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Körperlich anstrengende Arbeit, Schichtsystem, Personalknappheit und geringe Bezahlung haben dazu geführt, dass viele ausgebildete Pflegekräfte diesem Beruf den Rücken gekehrt haben. Wir wollen ausgestiegene Fachkräfte in den Beruf zurückholen. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen so verbessern, dass auch eine Vollzeittätigkeit attraktiv wird – hin zu mehr Flexibilität und Mitsprache bei den Dienstzeiten und einer deutlich besseren Vergütung ungünstiger Arbeitszeiten. Auch in vielen Care Berufen schrecken schon die Ausbildungsbedingungen ab. Auch hier wollen wir faire Bedingungen für Auszubildende und Studierende in diesen Berufen schaffen - dazu zählt eine angemessene Bezahlung bereits in der Ausbildung, angefangen von den Ärzt*innen im Praktikum bis hin zu den Pflegekräften, gerade mit Blick auf die Akademisierung der Pflegeausbildung.

5. Bezirkliche Gesundheitsämter aufwerten - bessere Personalausstattung

Den Pakt für Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes werden wir nutzen und für mehr Personal und bessere Ausstattung einsetzen. Dies flankieren wir mit einer Qualifizierungsoffensive und der Etablierung systematischer und berufsbegleitender Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Mit bezahlter Freistellung und Kostenübernahmen wollen wir die Public Health-Expertise im ÖGD weiter ausbauen. Dazu gehören die Weiterbildungen zu Fachärzt*innen für den ÖGD genauso wie Abschlüsse in Public Health,

Epidemiologie oder Health Professions Education. Dazu streben wir Kooperationen mit den Berliner Hochschulen an.